

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister
Federführender Fachbereich
Recht, Sicherheit und Ordnung

Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 0390/2009
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr	17.09.2009	Entscheidung

Tagesordnungspunkt A

Fortsetzung der mobilen Geschwindigkeitsüberwachung
hier: Auftragsvergabe für weitere 3 Jahre

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschließt die Vergabe der Messtätigkeit vor Ort (Gestellung des Messtechnikers, der Messtechnik und des Fahrzeuges) im Wege der öffentlichen europaweiten Ausschreibung für 3 Jahre an einen externen Dienstleister.

Sachdarstellung / Begründung:

1.

Seit 11.06.2008 erledigt die Stadt Bergisch Gladbach die mobile Geschwindigkeitsüberwachung in eigener Zuständigkeit. Der Vertrag mit dem externen Dienstleister läuft zum 31.12.2009 aus. Dem AUIV ist ein weiterer Erfahrungsbericht vorzulegen in Verbindung mit einem Vorschlag über das weitere Vorgehen.

Für die Zeit vom 11.06.2008 bis 31.07.2009 sind folgende Fakten festzuhalten:

Anzahl der Messstellen	121
Anzahl der Messstunden	2.497
Anzahl der Messungen (Fahrzeuge)	516.996
Anzahl der Verstöße	27.298
Ertrag - Verwarnungs- und Bußgelder	464.256,00 €
Aufwand - Personalaufwand Fachbereich 3	134.989,00 €
Sachaufwand Fachbereich 3 lt. KGSt	44.800,00 €
Fa. Radarrent	117.320,00 €
Saldo	167.147,00 €

Der Personalaufwand im Fachbereich 3 errechnet sich wie folgt:

Aufsichtsführender Außendienstmitarbeiter	46.773,00 €
Vertretung für Samstagsdienste seit 01.06.2009	745,00 €
Sachgebietsleiter Innendienst 75 %	51.130,00 €
Sachbearbeiterin Innendienst 75 %	36.341,00 €
Insgesamt	134.989,00 €

Umgerechnet auf ein Rechnungsjahr ergibt sich folgendes Bild:

Ertrag	428.544,00 €
Personalaufwand Fachbereich 3	124.605,00 €
Sachaufwand Fachbereich 3	41.354,00 €
Fa. Radarrent	108.295,00 €
Saldo	154.290,00 €

2.

Nunmehr ist zu entscheiden, ob das zur Zeit praktizierte Modell, also die Vergabe der Dienstleistung vor Ort an einen externen Dienstleister, fortgeführt werden soll.

Die Alternative zur bisherigen Praxis wäre die Durchführung dieser Aufgabe komplett in eigener Regie. Zur Entscheidungsfindung dient zunächst die nachstehende Kostenberechnung:

Zahlung an die Firma Radarrent pro Jahr nach derzeitigem Stand		108.295,00 €
Eigeninvestition Messtechnik und Fahrzeug - Kaufpreis 154.000,00 €		
Jahresaufwand:	Verzinsung 7 %	10.780,00 €
	Abschreibung 12,5 % (8 Jahre)	19.250,00 €
	Betriebskosten Technik und Fahrzeug	10.000,00 €
Personalkosten Messtechniker/Jahr		50.000,00 €
Sachkosten Messtechniker lt. KGSt/Jahr		15.000,00 €
Jahresaufwand bei kompletter Eigenregie		105.030,00 €

Die Übersicht zeigt, dass der Jahresaufwand bei Vergabe und Eigenregie annähernd gleich ist. Folgende Gründe sprechen für die Beibehaltung des derzeitigen Systems, also Vergabe der Dienstleistung vor Ort:

- Im Stadtgebiet gibt es Messstellen, die sich besser für die Anwendung der Lichtschranken-Sensortechnik oder die Radartechnik eignen. Dies liegt an Topografie, Straßenverlauf und Aufbaumöglichkeit. Der Auftragnehmer hat beide Techniken und setzt im Wochenrhythmus die nach unseren Vorgaben jeweils benötigte Technik ein. Bei Anschaffung einer Messtechnik wären die Überwachungsmöglichkeiten stark eingeschränkt, für die Anschaffung einer zweiten Technik käme eine weitere Investition in vergleichbarer Höhe hinzu.
- Bei einer Vergabe werden nur die tatsächlichen Messstunden vergütet. Personal-, Technik- und Fahrzeugausfälle gehen zu Lasten des Auftragnehmers. Dies gilt auch für witterungsbedingte Ausfälle der Überwachung.
- Der Auftragnehmer betreibt eine Reihe von Überwachungsfahrzeugen und tauscht diese auf unseren Wunsch immer wieder aus. Auch wird die Folienlackierung der Fahrzeuge in gewissen Abständen geändert.
- Bei einer Vergabe ist sichergestellt, dass immer die neueste Technik zum Einsatz kommt.
- Bei kompletter Eigenregie muss die Stadt eine erhebliche Investition treffen und ist für die gesamte Nutzungsdauer an diese, irgendwann veraltete und durch den Dauereinsatz anfällige und wartungsintensive Technikeinheit gebunden.

3.

Es wird daher vorgeschlagen, die Dienstleistung vor Ort entsprechend der Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen für eine Laufzeit von 3 Jahren europaweit auszuschreiben. Eine Barwertberechnung beider Alternativen durch das zentrale Controlling kommt zum gleichen Ergebnis und endet bereits ohne Berücksichtigung der vorstehenden Sachargumente mit dem gleichen Vorschlag.

Die statistische Auswertung der Überwachungstätigkeit vom 01.01. bis 31.08.2009 getrennt nach den einzelnen Messstellen ist der Vorlage beigelegt.